

Erscheint zweimal
monatlich!
Abonnement für
10 Nummern S 1.—
(inkl. Postzustellung)
Österr. Postsparkassen-
Konto Nr. 119.471

Arbeiter-Stimme

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Oesterreichs (Opposition)

1. Jahrgang

Wien, Mitte August 1927

Nr. 11

Schafft Eure Kampfpartei!

Die Faschisten rüsten zum Sturz der Republik! — Die Bourgeoisie schafft eine bewaffnete Bürgerwehr u. schwerbewaffnete Überfallskommandos der Polizei!

Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur,
gegenwärtig durch die bürgerliche Demokratie noch verhüllt, in republikanischer Form, wenn's geht, in monarchischer Form — das ist das politische Ziel, auf das die Bourgeoisie losgeht, um ihre Wirtschaft auf Kosten des Proletariats zu sanieren und diese Sanierung dann auch zu behaupten.

Planmäßige Aushöhlung der demokratischen Republik, bis nichts mehr übrig bleibt als der Name Republik; alles möglichst in legaler Form, kombiniert mit energischer illegaler Arbeit, bis der Punkt erreicht ist, wo es legal nicht mehr weitergeht; dann Staatsstreich zur faktischen

Abwürgung der Demokratie,
bei günstigen Umständen schon verbunden mit Aufrichtung der Monarchie; bei weniger günstigen Umständen Vorbereitung der Monarchie, legal und illegal, bis zu dem Punkte, wo es legal nicht mehr weitergeht, dann zweiter Staatsstreich zur

Abwürgung der Republik und Aufrichtung der Monarchie

— das ist die allgemeine politische Linie der österreichischen Bourgeoisie.

Das Juligemetzelt, von langer Hand vorbereitet, war über Auschluß der ersten Etappe zum ersten Staatsstreich.

Mit der

Auswertung des Julisieges

beginnt die zweite Etappe. Ihre Hauptpunkte sind jetzt schon sichtbar:

1. Liquidierung des sozialdemokratischen Einflusses auf die Polizei.

2. Fortierte Ausrüstung der faschistischen Formationen:

Aufstellung einer bewaffneten Bürgerwehr in Wien durch die Hausbesitzerorganisation;

Schaffung einer technischen Nothilfe durch den Bankenverband, Industriellenverband, Kaufmannschaft, Gewerbeverband »zur Fortführung von Eisenbahn, Telefon, Telegraph, Post im Streikfalle«. Zusammensetzung aller Faschistenformationen (die Turnerverbände inbegripen) zu einer Kampforganisation.

Moralisches Schwächen des Republikanischen Schutzbundes: Unter der Maske der »Objektivität« wird der Ordentag in Graz verboten, gleichzeitig aber marschieren die Heimwehren in Salzburg offen auf. Die Sozialdemokratie weicht zurück. Der Zweck der Uebung — die innere Schwächung des Schutzbundes wieder ein Stück vorzutreiben — wird so erreicht.

3. Verhinderung oder wenigstens Aufhalten der Revolutionierung der Massen: daher Verfolgung aller revolutionärer Organisationen, insbesondere der Kommunistischen, Konfiskation ihrer Presse, Verfolgung der Revolutionären, der Kommunisten insbesondere, durch Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, Verurteilungen.

4. Bearbeitung der Massenstimmung:

Durch die bürgerliche Presse, durch eigens geschaffene Organe (z. B. die faschistische «Freiheit»). Namenlich die

Prozesse gegen die Julinhäftler

sollen dieser Stimmungsmache dienen und die täglich veröffentlichten Polizeiberichte leisten dazu Vorarbeit.

Der Kampf um die

Gemeindewache

dient derselben Stimmungsmache. Die Gemeindewache ist bestimmt gegen die Kommunisten, das hat Bürgermeister Seitz offen ausgesprochen. Nun, wer ist »Kommunist«? Jeder Arbeiter, der nicht das macht, was das radikale Kleinstürgertum will. Das haben die sozialdemokratischen Führer im Juli unzweideutig überhaupt.

gezeigt. Die Bourgeoisie hat keine Angst vor der Gemeindewache, sondern sie will die Mittelschichten Ropfscheu machen und die faschistische Aufrüstung motivieren.

Die Sozialdemokratie zu einer rein parlamentarischen Opposition hinabdrücken, sie zu zwingen, auf die Mobilisierung der Massen zu verzichten, das ist eines der Hauptziele dieser Stimmungsmache. Das wurde bereits im ersten Anlauf erreicht.

Selbstverständlich dient diese umfassende Bearbeitung der Massenstimmung schon auch der Vorbereitung neuer Wahlen, zu denen die Bourgeoisie im geeigneten Augenblick eventuell zu greifen gedenkt.

5. Die

wirtschaftliche Auswertung des Juli

hat schon begonnen: Siehe das Verhalten der Unternehmer in der Starkstromindustrie. Die Kapitalistenklasse will jetzt den Lohndruck in der Weise verwirklichen, daß sie die Löhne gar nicht oder nur sehr wenig, dafür aber desto mehr die Preise stiegert. Im Herbst gedenkt sie dann Raubzölle und den Mieterschutz einzuführen.

6. Schwächung der gesamtproletarischen Kämpfer-Kampfpartei des Juli wurden vorgenommen: Die Erschwerung des Versammlungsrechtes, die Erschwerung der Agitation und Propaganda in allen möglichen Formen, insbesondere durch eine »Preßreform«. Als weitere Schritte hat die Bourgeoisie das Auge gefaßt: Die Liquidierung des sozialdemokratischen Einflusses in der Gendarmerie und der Wehrmacht, die Beseitigung des Streikrechtes der öffentlichen Angestellten und schließlich die Lahmlegung der Gewerkschaften durch »Antiterrorgesetz«, Einschränkung des Streikrechtes und des Koalitionsrechtes

Was muß die Arbeiterschaft dem gegenüber tun?

Jeder Arbeiter fühlt, daß hier Kleine Mittelchen nicht helfen, sondern daß hier die Hauptfrage aufgerollt ist, die Frage:

In welche Richtung muss jetzt die Gesamtpolitik des Proletariats gewendet werden.

Jeder Arbeiter fühlt, ohne sich der klassenmäßigen Ursachen bewußt zu sein, daß es sich hier nicht um zufällige Fehler handelt, sondern um die sozialdemokratische Politik selbst und daß diese weitertreiben heißt, immer weiter zurückweichen. Die sozialdemokratischen Führer suchen das zu bemächteln. Z. B. das Kompromiß in der Schulfrage schreien sie jetzt als Erfolg aus: Der Weg zur Hochschule sei

jetzt dem Proletariat offen... Es wird damit enden, wie mit dem »freien Weg zum Offizierskorps« mit den paar Volkswehrhoffizieren, die aufgesogen wurden und der Arbeiterschaft bis auf wenige Ausnahmen verloren gingen.

Jeder Arbeiter stellt sich die Frage:

Was jetzt?

Daß die Anarcho-Kommunisten den Kommunismus so diskreditiert haben, erschwert die unbedingt nötige Orientierung zum Kommunismus. Die Enttäuschung über die Sozialdemokratie führt so zunächst zur Gefahr der wachsenden Indifferenz, dem Zustand, den die Bourgeoisie braucht, um ihre offene Diktatur aufzurichten.

Das oberste Gebot der Stunde ist:

Loslösung aus der Gefolgschaft des radikalen Kleinbürgertums, das heißt: entschlossener, endgültiger Bruch mit der Sozialdemokratie!

Kein Kopfhängen, keine Indifferenz! sondern alle Kraft konzentriert auf das Wichtigste: Schaffung Eurer Kampfpartei, Aufbau der Kommunistischen Partei (Opposition)!

Die „Fehler“ die zum Juli führten.

Die Juliereignisse haben eine lange Vorgeschichte. Sie beginnt mindestens mit dem Zusammenbruch im November 1918. Damals verkroch sich die Bourgeoisie in die Löcher. Die sozialdemokratische Partei war Herrin der Lage. Was tat in und nach dem Zusammenbruch die Sozialdemokratie?

Was wurde die langen Jahre alles zusammengedichtet über die großartigen Leistungen der österreichischen Sozialdemokratie im allgemeinen und des Helden Julius Deutsch insbesondere auf dem Gebiete der

Wehrmacht.

Nun, was auf diesem Gebiete wirklich errungen wurde, es wurde errungen ohne und meist im Kampfe gegen die sozialdemokratische Führung von den Soldaten und Soldatenräten. Die »militärische Arbeit« der sozialdemokratischen Führung bestand darin, sich der Resultate der revolutionären Arbeit der Soldaten und Soldatenräte zu bemächtigen und all das, was sie nicht schon vorher verhindern konnte, nachher abzuschwächen, umzubiegen, zu durchkreuzen.

Gewiß die Auflösung der Roten Garde durch Deutsch (mit Wissen und Willen der Parteileitung) war eine große Leistung — für die Bour-

geoisie! — aber bei weitem nicht die größte. Eine Spielerei wäre es gewesen, den Kommandoapparat zu überwiegendem Teil mit klassenbewußten Arbeitersoldaten zu besetzen, aus dem alten Offizierskorps nur einen kleinen Teil zu übernehmen und ihn vorwiegend als Instruktoren zu verwenden. Statt dessen hat Deutsch (mit Wissen und Willen der Parteileitung) den Kommandoapparat der Wehrmacht zu 90 Prozent besetzt mit Offizieren des monarchistischen Heeres. Nicht ganz 10 Prozent (etwa 114) wurden mit Volkswehrhoffizieren besetzt; davon wurde ein großer Teil christlichsozialen und deutschnationalen Elementen entnommen, nicht einmal die Hälften dem klassenbewußten Proletariat. Und diese proletarischen

Volkswehrhoffiziere ließ man dann ohne jeden ernsten Rückhalt, so daß sie im Laufe der Zeit fast völlig unterdrückt, ja aufgesogen wurden.

Die Auslieferung des Kommandoapparates der Wehrmacht an die Konterrevolution, das war die größte militärische Leistung der Sozialdemokratie.

Aber die Sozialdemokratie hat der Bourgeoisie einen sogar noch größeren und letzten Endes entscheidenden Dienst geleistet. In der Wehrmacht hat die revolutionäre Selbstständigkeit der Soldaten und Soldatenräte manches gerettet. Dagegen auf dem Gebiet der

Polizei

hat sich die sozialdemokratische Politik ohne jedes Hemmnis voll entfaltet. Die sozialdemokratische Partei änderte nicht das geringste an der Zusammensetzung der aus der Monarchie übernommenen Polizei. Im Gegenteil. Die Bourgeoisie verstärkte die damals 6000 Mann starke Polizei um die Stadtschutzwache (1500 Mann), die fast aus lauter durch den Krieg ruinierten kleinen Geschäftsleuten gebildet wurde. Arbeiter wurden fast gar nicht aufgenommen. Die Sozialdemokratie ließ dies zu. Als die Radikalisierung der Massen auf die Stadtschutzwache übergriff, wurde sie zerrissen und auf die alte Polizei aufgeteilt und »aufgesogen«.

Um die Frage der Polizei tobte damals ein heiterer Kampf in der Sozialdemokratie. Die Linke verfocht folgende Forderungen: Reinigung des Kommandoapparates der Polizei von allen Konterrevolutionären; Besetzung der Kommandostellen mit den tüchtigsten Polizeiunteroffizieren; Einstellung von 6000 klassenbewußten Arbeitern in die Polizei. Auf einen großen Teil der Polizeimannschaft machten diese Forderungen tiefen Eindruck. Schnell gab die Bourgeoisie den Polizeileuten Beamtencharakter, Offiziersadjustierung und dergleichen, um sie durch diese Scheinkonzessionen wieder näher an sich zu ziehen. Die Sozialdemokratie half mit. Sie ließ es sogar zu, daß der Stand der Polizei auf zwölftausend (Kampfstand zehntausend) erhöht wurde und daß die Rekrutierung fast ausschließlich aus bürgerlichen Kreisen vorgenommen wurde. Das geschah schon unter Eldersch, mit Wissen und Willen der sozialdemokratischen Führung.

Fast genau dasselbe spielte sich zu gleicher Zeit bei der

Gendarmerie

ab. Verstärkung fast nur mit bürgerlichen Elementen, die kleine, etwas proletarisch durchsetzte Bahngendarmerie wurde zerissen, aufgeteilt, »aufgesogen«.

An dem aus der Monarchie übernommenen

Justizapparat

hat die Sozialdemokratie gar nichts geändert, sie hat den ganzen

Staatsapparat

in den Händen der Bürokraten der alten Monarchie gelassen.

Je klarer es wurde, daß nur der Kaiser entthront, der Machtapparat der Bourgeoisie aber geblieben war und sich sogar verstärkte und daß die Bourgeoisie dazu noch einen

illegalen Machtapparat

organisierte und ausrüstete (Heimwehren, Frontkämpfer, Hakenkreuzler), desto stärker wurde innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft der Drang nach der

Bewaffnung der Arbeiterschaft.

Die sozialdemokratische Führung, die selbst in der Regierung sitzend, den Ausbau und die Ausrüstung des faschistischen Apparates zuließ, setzte allen Versuchen, die Arbeiterschaft dagegen zu organisieren und auszurüsten, den heftigsten Widerstand entgegen. Schließlich im Frühjahr 1920, auf dem zweiten Reichsarbeiterrat, erzwang die Linke zusammen mit den Kommunisten mit Zweidrittelmehrheit gegen den äußersten Widerstand der Bauer und Adler den Besluß über die Aufstellung der

Ordonnanzwehr.

Unter Führung des Genossen Frey begann die Organisierung. Aber die sozialdemokratische Führung sabotierte jeden ernsten praktischen Schritt derart, daß Frey zurücktreten mußte, da er sonst das praktische Nichtstum hätte decken müssen. Jetzt nahm die sozialdemokratische Führung die Ordonnanzorganisation selbst in die Hand, Deutsch wurde an die Spitze gestellt. Vom Bewaffnen keine Spur. Geschicktes Berügen der Arbeiter (»im Augenblick der Gefahr würden Waffen da sein«), systematisches Austreiben jedes revolutionären Kampfgeistes und planmäßige Umwandlung zu einem Veteranenverein, das war das Ziel und dieses Ziel wurde leider in der Tat erreicht.

Gegenüber dem

Arbeiterrat

war die Taktik der sozialdemokratischen Führung vom ersten Augenblick darauf gerichtet, ihn moralisch zu entmannen, zu einer Schwatzbude hinabzudrücken und ihn schließlich ganz von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Das alles mit all seinen Auswirkungen hat die Juliereignisse überhaupt erst ermöglicht, hat der Bourgeoisie den Weg zum Julikampf eröffnet und geebnet.

Gewiß, die

Verantwortung

trifft die Eldersch, Deutsch und nicht nur sie, sondern alle sozialdemokratischen Führer, von Renner und Seitz bis Bauer und Adler. Aber handelt es sich um »Fehler« der sozialdemokratischen Politik? Keineswegs! Das hieße sehr oberflächlich denken. Im Gegenteil, die sozialdemokratische Führung trieb richtige, weil sozialdemokratische Politik.

Wir müssen die Politik der Sozialdemokratie nach ihrer Klassengrundlage prüfen, um das zu erkennen.

Der Fehler liegt bei der Arbeiterschaft und er besteht darin, daß sie die Politik der Sozialdemokratie für proletarische Politik hält. Das Wesen der sozialdemokratischen Politik wird den Arbeitern sofort verständlich, wenn sie erkennen, daß die Sozialdemokratie die Partei des radikalen Kleinbürgertums ist, das die Arbeiterschaft als Reserve hinter sich zieht.

Das radikale Kleinbürgertum hat nichts gegen den Kapitalismus. Es kämpft gegen das Großkapital, damit die Großkapitalisten den Kleinbürgern und bis zu einem gewissen Grade auch den Arbeitern im Rahmen des Kapitalismus leben lassen. Mit einem Wort, das radikale Kleinbürgertum will einen »vernünftigen« Kapitalismus.

Das radikale Kleinbürgertum hat nichts dagegen, daß die Großkapitalisten regieren, es will nur, daß die Großkapitalisten das Kleinbürgertum mitregieren lassen.

Die politische Form, innerhalb der das radikale Kleinbürgertum diese seine Klasseninteressen bis zu einem gewissen Grade mit Aussicht auf Erfolg vertreten kann, ist die demokratische Republik. Aber in der demokratischen Republik erschöpfen sich auch die »revolutionären« Klasseninteressen der radikalen Kleinbürger. Ist die demokratische Republik einmal verwirklicht, dann Schluß mit der Revolution, denn die würde den »vernünftigen« Kapitalismus gefährden. Das Verhalten der Sozialdemokratie in den Fragen der Wehrmacht, Polizei, Gendarmerie, Justiz, Staats- und Verwaltungsapparat, Schutzbund, Bewaffnung der Arbeiter, Arbeiterrat, Koalitionspolitik sind Fehler vom Standpunkt der proletarischen Reserven, die die Hauptmasse der sozialdemokratischen Mitgliedschaft bilden, aber diese »Fehler« sind vom Standpunkt des die Sozialdemokratie führenden radikalen Kleinbürgertums

richtige, weil kleinbürgerlich-radikale, eben sozialdemokratische Politik!

Diese »Fehler« lassen sich nicht korrigieren durch Beseitigung einzelner Führer. Diese »Fehler« lassen sich nicht korrigieren innerhalb der Sozialdemokratie. Jeden ernsten Versuch in dieser Richtung beantwortet das radikale Kleinbürgertum radikal mit — Bruch. Siehe das Schicksal der Linken.

Das Geschrei über den Verrat der sozialdemokratischen Führung haftet an der Oberfläche. Das radikale Kleinbürgertum kann nur die Politik machen, die seine Klasseninteressen entspricht. Viel wichtiger ist es, daß die sozialdemokratischen Arbeiter im Lichte der Juliereignisse ihre Erfahrungen, insbesondere seit Kriegsschluß, überprüfen und erkennen, daß sie, die sozialdemokratischen Arbeiter selbst, ihre eigenen proletarischen Klasseninteressen unbewußt verraten, wenn sie dem radikalen Kleinbürgertum weiter Gefolgschaft leisten, statt schmunzig daran zu gehen, ihre eigenen proletarischen Klassenpartei aufzubauen:

Die Kommunistische Partei (Opposition)

Einen wirklichen Fehler freilich machen die radikalen Kleinbürger vom Standpunkt ihrer eigenen Klasseninteressen. Sie wähnen die demokratische Republik zu retten, wenn sie jetzt, nachdem sie die proletarische Revolution preisgegeben haben, auch das Proletariat selbst preisgeben. Das Großkapital möchte Ihnen gerne entgegenkommen, aber es kann nicht! Die Zwangsgesetze der kapitalistischen Widersprüche zwingen die Großkapitalisten, mit allen Mitteln das Proletariat anzugreifen, um dessen Ausbeutung zu steigern, und das Kleinbürgertum zu fressen, um dessen Kundschaft an sich zu reißen. Die Großkapitalisten müssen — oder sie werden von den anderen Großkapitalisten, die das besser treffen, gefressen. Das radikale Kleinbürgertum hat Kraft gegen das Großkapital nur soweit es das Proletariat gegen die Großkapitalisten mobilisiert. Indem das radikale Kleinbürgertum das Proletariat preisgibt, gibt es sich selbst, gibt es die demokratische Republik preis.

Die Zukunft wird das beweisen.

Die Arbeiterschaft wird die demokratische Republik verteidigen, aus ihrem proletarischen Klasseninteresse heraus als einen für das Proletariat günstigen Kampfboden. Aber gerade im Kampf um die demokratische Republik wird die Arbeiterschaft unzweideutig erkennen, daß sie ihre eigenen proletarischen Klasseninteressen verteidigen kann letzten Endes nur durch Aufrichtung der proletarischen Herrschaft, durch Aufrichtung der Arbeiter- und Bauernregierung.

Die große „Rechtfertigung“. Oder: worum ging der Julikampf?

»Wir konnten den Kampf um die Staatsmacht nicht wagen, weil sonst noch viel, viel mehr verloren gegangen wäre...« So lautet die große »Rechtfertigung« der sozialdemokratischen Führer, die sie nun auf dem Wege von der Parteikonferenz über die Bezirkskonferenzen durch die Sektionsversammlungen in die Köpfe der sozialdemokratischen Arbeiter trommeln.

Nicht ohne Erfolg. Begreiflich, denn bis heute ist dieser Argumentation niemand entgegentreten. Die Anarcho-Kommunisten haben diese Rechtfertigung ignoriert und erleichtern so der sozialdemokratischen Führung die Befreiungs- und Einlösungstaktik. Die Wahrheit ist, daß die Anarcho-Kommunisten diesem Rechtfertigungsversuch schwer begegnen können, weil sie in ihrem Ueberschwang den Julikampf sogar gleich im ersten Aufschlag zum »Kampf um die Macht« hinaufzilisiert haben. Was die Anarcho-Kommunisten unbewußt im Ueberschwang machten, das tun nun nachträglich die Sozialdemokraten mit vollem Bewußtsein. Sie übertreiben, sie lizieren bis zum Maximum: Um die Macht gings im Juli und um nichts anderes — sagen sie.

Zum Teufel, wer hat von euch in dieser Lage den »Kampf um die Macht« verlangt?! Selbst unter den nüchternen denkenden revolutionären Arbeitern gabs nicht einen einzigen, der bei den gegebenen österreichischen und internationalen Verhältnissen im Juli den »Kampf um die Macht« verlangt hätte.

Der Julikampf ging noch nicht um die Macht, noch nicht um die Entscheidung.

Selbst der Bourgeoisie gings im Juli noch nicht um die Entscheidung. Sondern darum gings ihr: Die reale Kampfkraft des Proletariats mit dem Bajonett zu sondieren, zu prüfen und womöglich durch einen starken Stoß die Position des Proletariats für den Kommanden wirklichen Entscheidungskampf empfindlich zu verschlechtern und ihre eigene Position wesentlich zu verbessern. Als die Sondierung mit Reiterattacke und Einzelfeuer ihr bewies, was sie schon längst vermutete, daß der sozialdemokratischen Führung

jede Entschlusskraft zum ernsten Kampf mangelt, da nutzte sie die Lage aus zu einem tüchtigen Aderlaß mit Salven.

Nicht der »Kampf um die Macht« war bei der gegebenen Lage die

Aufgabe der Sozialdemokratie,

sondern ganz konkret folgendes:

1. Der Bourgeoisie zu beweisen, daß hinter den starken sozialdemokratischen Worten der starke Ernst steht;

2. Die Positionsverbesserung der Bourgeoisie zu verhindern und möglichst

3. Eine Positionsverbesserung für das Proletariat herauszuholen. Das hat die Sozialdemokratie unterlassen und das hat sie zu rechtfertigen.

Was war das

unbedingte Minimum,

das die Sozialdemokratie bei der gegebenen Lage hätte tun müssen?

1. Sofort am Freitag, als die Bourgeoisie die wehrlosen Demonstranten mit Kavallerieattacken und Schießerei überfiel, hätte sie sofort den Schutzbund bewaffnen und die gesamten Arbeitermassen mobilisieren müssen mit der Minimallosung: Sofort Schluß mit dem Schießen in wehrlose Demonstranten, sofort Zurückziehen der Polizei. Weg mit Schieber! Weg mit der Seipelpolizei!

Welche Wirkung hätte das gehabt?

Gewiß, die theoretische Möglichkeit war da, daß die Bourgeoisie den Kampf nun erst recht zum äußersten getrieben hätte. Unbedingt hätte die Sozialdemokratie, auch wenn sie nur so begrenzte Lösungen aufgestellt hätte, mit dem eisernen Entschluß auf den Plan treten müssen, nötigenfalls das äußerste und alles zu wagen. Aber gerade bei entschlossenen Auftreten der Sozialdemokratie wäre jene theoretische Mögliche-

keit nicht zur praktischen Wirklichkeit geworden. Der Appetit zum Schießen ist der Bourgeoisie gekommen, als sie merkte, daß das Schießen in die lebenden Figuren gar kein Risiko sei. Die erste bewaffnete Schutzbundskompanie im Anmarschieren — und gleich wäre Feuer einstellen geblasen worden!

Welches schließliche Resultat wäre dabei herausgekommen: Beide Seiten hätten ihre Positionen für den unvermeidlich kommenden Entscheidungskampf verstärkt; die Bourgeoisie hätte offen ihre bewaffneten Heimwehren gehabt, das Proletariat offen seinen bewaffneten Schutzbund. Die Seipelregierung wäre gegangen. An ihre Stelle wäre eine Gürtlerregierung getreten oder eine Gürtler-Rennerreregierung; vielleicht sogar eine Rennher-Bauer-Regierung. All das wäre noch lange kein »Kampf um die Macht« gewesen. Denn bekanntlich besteht die wirkliche Macht nicht in den Regierungsstellen, sondern darin, wem der staatliche Machtapparat, insbesondere dessen ganzer Kommandoapparat, seiner klassenmäßig Zusammensetzung nach gehört.

Die Sozialdemokratie hat diesen Weg nicht betreten. Nicht weil sie den »Kampf um die Macht« nicht wagen wollte, sondern weil sie als kleinbürgerlich-radikale Partei zwar die Waffen der Konterrevolution, noch mehr aber die Waffen in den Händen des Proletariats fürchtet.

Daß die Sozialdemokratie unter den gegebenen Verhältnissen nicht die Offensive ergreifen wollte zum »Kampf um die Macht«, dem stimmt jeder nüchtern denkende Revolutionär zu. Aber darum gings nicht, sondern

darum ging es, gegenüber der Offensive der Bourgeoisie mindestens jede Verschlechterung der Position der Arbeiterschaft zu verhindern.

Da versagte die Sozialdemokratie und daß trifft sie die Verantwortung.

Heute muß jeder denkende Arbeiter erkennen, daß die Niederlage unter der Führung der kleinbürgerlich-radikalen Partei, der Sozialdemokratie, unvermeidlich war. Woraus sich die Grundlehre ergibt, daß die Arbeiter sich auf die unvermeidlich kommenden Kämpfe vor allem dadurch vorbereiten müssen, daß sie sich zur Führung ihres Kampfes ihre Klassenpartei aufzubauen: Die proletarisch revolutionäre Partei, die Kommunistische Partei (Opposition).

Die sozialdemokratische Lehre aus dem Juli.

»Eindringlich lehrt es uns wieder die Erfahrung der letzten Wochen: Der wirkliche Kampf um die Macht — das ist der Kampf um die Seele des Landvolks. . . . Unermüdlicher Kampf um die Seele des Landvolks — das ist der schwere, langsame, aber allein zielführende Weg zur Macht!« Das ist die Lehre, die die Sozialdemokratie nach dem Juligemetzl den Arbeitern gibt.

Gründet die Bourgeoisie ihre Herrschaft auf die Gefolgschaft des Landvolks? Ja! Also bedeutet die Eroberung des Landvolks die Liquidierung der kapitalistischen Herrschaft? Ja! Also ist die sozialdemokratische Lehre aus dem Juli richtig? Nein! Denn die Frage, auf die es ankommt, lautet: Wie erobert die Arbeiterklasse die Seele des Landvolks?

Um Arbeiter für den proletarischen Klassenkampf zu gewinnen, dazu genügt es, ihr Klassenbewußtsein durch Agitation und Propaganda an der Hand ihrer eigenen, lebendigen Erfahrung zu wecken.

Um die Mittelschichten im Dorf (aber auch in der Stadt) zu gewinnen, nützt uns die Weckung ihres nicht proletarischen Klassenbewußtseins gar nichts, sondern wir müssen sie überzeugen, daß vom Standpunkt ihres kleinbäuerlichen, kleinbürgerlichen Klasseninteresses das Bündnis mit der Arbeiterklasse unter Führung der Arbeiterklasse für sie vorteilhafter ist, als das Bündnis unter Führung der Kapitalisten. So lange wir dabei nur die Mittel der Agitation und Propaganda anwenden, also nur Wechsel auf die Zukunft ausspielen, werden wir nur einen verhältnismäßig kleinen Teil gewinnen. Der Massen nach gewinnen wir diese Schichten nur, wenn wir sie auch durch die Tat überzeugen.

Wie erhält und festigt die Bourgeoisie ihr Bündnis mit dem Landvolk unter kapitalistischer Führung? Sie steckt die Hand immer wieder tief in die Tasche des Proletariats (z. B. jetzt mittest der Raubzollvorlage) und streut dann reale Vorteile auf Kosten des Proletariats in die Dörfer den Kleinen sehr wenig, den Mittleren wenig, den großen Rest den Großen.

Das Proletariat gewinnt die Seele des Landvolks an dem Tage, an dem es ihm reale Vorteile gibt und sichert auf Kosten der Kapitalisten in Dorf und Stadt, insbesondere durch Aufteilung der Aecker, Wiesen, Weiden der Kapitalisten. Solche reale Vorteile kann das Proletariat geben und sichern erst im unmittelbaren Kampf um die Macht und nach Eroberung der Macht, also im akuten Stadium der proletarischen Revolution und nach deren Sieg.

Zweierlei beweist die sozialdemokratische Juli-Lehre:

1. Daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, die Politik, die zum Juli geführt hat, fortzusetzen.
2. Daß die Sozialdemokratie, die gut weiß, daß das Landvolk nur durch reale Vorteile zu gewinnen ist, entschlossen ist, solche zu geben auf Kosten des Proletariats. Das spricht die Sozialdemokratie nicht aus, aber sie tut's: Siehe ihre Taktik bei der Raubzollvorlage.

Bei diesem Kampf um die »Seele« des Landvolks der zwischen Bourgeoisie und radikalem Kleinbürgertum ausgefochten wird — wobei die Zache das Proletariat zahlt — können die radikalen Kleinbürger nicht aufkommen; denn sie, die auf die politische Gefolgschaft der Arbeiter angewiesen sind, können nicht so tiefe Griffe in die Arbeitertaschen machen, wie die Bourgeoisie.

Die Sozialdemokratie ist mit ihrem Latein zu Ende. Das besagt nicht, daß sie schon fertig ist.

Die Sozialdemokratie ist eine unabdingbar notwendige Reserve für die Bourgeoisie in der Epoche der labilen Stabilisierung. So wie es so brenzlich werden wird, daß selbst die

fascistischen Methoden nicht mehr ausreichen, wird die sozialdemokratische Reserve von der Bourgeoisie in der Form der Koalitionsregierung herangezogen werden, im äußersten Fall sogar in der den Massen noch unbekannten Form der sozialdemokratischen Alleinregierung, die das zu leisten haben und versuchen wird, was bisher immer die offene Koalitionsregierung geleistet hat: die Massen einzulullen.

Die Sozialdemokratie ist aber auch im Bewußtsein der Arbeiter noch lange nicht fertig. Der Prozeß der Lösung der Arbeiter vom radikalen Kleinbürgertum hat durch die Julierfahrung einen starken Anstoß bekommen, nicht mehr. Gerade durch die Perspektive »Gewinnen des Landvolks« will die Sozialdemokratie diesen Prozeß verhindern, diese Perspektive, die die Arbeiter ablenken soll von der ausschlaggebenden Frage der proletarischen Revolution, der Bewaffnung des Proletariats. Es steht gerade umgekehrt: Das Landvolk (seiner Massen nach) wird von der Arbeiterschaft gewonnen nur in und durch die proletarische Revolution.

Wie kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit?

Wird die Arbeitslosigkeit in Österreich sinken?

Von Josef Frey.

Der kleinbürgerliche Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Das von den Großkapitalisten wirtschaftlich bedrängte, daher radikale Kleinbürgertum bemüht sich um die Linderung der Arbeitslosigkeit, natürlich aber nur bis zur Grenze, die das Klasseninteresse des radikalen Kleinbürgertums zuläßt. Wir sehen das bei den kleinbürgerlich-radikal, das heißt sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden Wien, Linz, St. Pölten.

Der Wohnbau und die sonstigen Investitionsarbeiten der sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden geben vielen Arbeitern und Angestellten Beschäftigung und Erwerb, die sonst arbeitslos wären.

Die Gemeinde-Anleihe.

die die Wiener Gemeindeverwaltung in der Höhe von dreißig Millionen Dollar abzuschließen im Begriffe ist, wird ihr ermöglichen: 1. Die Inangriffnahme großer Investitionsarbeiten, 2. den 1000 Milliarden-Kredit für die Förderung des Rußlandexports, 3. den an sehr billige Bedingungen geknüpften 500 Milliardenkredit für das Gewerbe.

Man braucht sich nur vorzustellen, was geschiehen würde, wenn dort die Christlichsozialen zu dirigieren hätten, um zu erkennen, daß auch, was die Arbeitslosigkeit betrifft, die kleinbürgerlich-radikale Verwaltung gegenüber dem bürgerlichen Regime das kleinere Übel ist. Das schafft jedoch zwei Tatsachen nicht aus der Welt:

1. Im Vergleich zu dem Riesenheer der Arbeitslosen ist das, was die sozialdemokratisch verwaltete Gemeinden (insbesondere Wien) leisten, doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

2. Womit zahlt die Gemeinde ihre Wohnbauten und ihre sonstigen Investitionen? Womit wird sie die Anleihe, deren Zinsen und Nebenbedingungen zurückzahlen? Selbstverständlich aus den Gesamteinnahmen der Gemeinde.

Auch die Budgetpolitik des radikalen Kleinbürgertums ist für das Proletariat gegenüber der Budgetpolitik der Kapitalisten das kleinere Übel.

Die Kapitalistenklasse (Bürgerlichkeit) budgetiert so, daß sie 100 Prozent von den Ausgebeuteten nimmt und 100 Prozent den Ausbeutern gibt.

Das radikale Kleinbürgertum, das unter seiner Führung als Reserve die große Arbeitermasse hinter sich zieht, die Sozialdemokratie, nimmt etwas auch den Reichen und gibt manches auch den Ausgebeuteten. In Wien z. B. entstammen etwa 25 Prozent der Einnahmen den Reichen, 75 Prozent aber kommen aus den Taschen der Proletarier!

Wenn also die Bourgeoisie die Arbeitslosigkeit bekämpft zu 100 Prozent, also ausschließlich auf Kosten der Gesamtarbeiterchaft so tut dies das radikale Kleinbürgertum zu 75 Prozent. Die 25 Prozent auf Kosten der Kapitalisten, diese 25 Prozent, die nicht ohneweiters überwälzbar sind, sind natürlich besser als nichts. Wir Kommunisten unterstützen jeden noch so geringfügigen Schritt des radikalen Kleinbürgertums, das ist die Sozialdemokratie, der auf Kosten der Kapitalisten eine Linderung der Arbeitslosigkeit (oder wenigstens eine Erleichterung der Lage der Arbeitslosen) bedeutet. Aber wir verküppen diese Unterstützung mit unserer kommunistischen Kritik, Agitation und Propaganda und darum sagen wir:

Wohnbau durch die Gemeinde: ja! Kostensteckung durch die Wohnbausteuer: ja! Aber Wohnbausteuer (entsprechend erhöht) — nur von den Kapitalisten!

Gemeindeanleihe: ja! Ein Teil davon sogar als billiger Kredit an die vom Kapital angegriffenen Gewerbetreibenden: ja! Aber Rückzahlung, Bestreitung der Zinsen und Nebenbedingungen

ausschließlich auf Kosten der Kapitalisten!

Aber hat die Gemeinde Wien nicht aus der Anleihe 1000 Milliarden bestimmt als Haftungskredit zur Erleichterung der Ausfuhr nach Sowjetrußland? Auch das geht zu 75 Prozent auf Kosten des Proleta-

riats. Aber hier liegt der Fall grundsätzlich anders: Dem kapitalistischen Staat aus den Taschen des Proletariats zu helfen, lehnen wir ab — dagegen um dem proletarischen Staat zu helfen, muß das Proletariat Opfer auf sich nehmen. Darum beginnen wir diesen Schritt der Gemeinde und werden kämpfen, daß sie in dieser Richtung fortfahren. Selbstverständlich kämpfen wir auch hier, daß der Anleihebetrag, der zur Kreditierung für den Russlandexport bestimmt ist, nur aus den Taschen der Kapitalisten getilgt und verzinst werden muß, unbeschadet dessen, daß wir Proletarier prinzipiell und praktisch zu Opfern für den proletarischen Staat bereit sind, bereit selbst dann, wenn unser Reallohn unter dem Existenzminimum steht, wie es heute der Fall ist.

Der Versuch, die Arbeitslosigkeit durch

Innenkolonisation

einzuämmen, bewegt sich zurzeit völlig im kleinbürgerlichen Fahrwasser. Es gibt in Österreich große Oedgebiete, deren Urbarmachung zehntausenden Arbeitslosen Arbeit und Brot geben könnte, wobei die Lebensmittelproduktion gesteigert, die Lebensmittel-einfuhr gesenkt werden würde. Das könnte die Innenkolonisation freilich nur leisten, wenn sie großzügig angepackt würde, was jedoch ganz andere politische Mittel voraussetzt, als sie bisher angewendet wurden. Nur der planmäßige Kampf der wirklich großen Massen kann die Innenkolonisation im großen Maßstab erzwingen.

Was bisher erzielt wurde, ist wenig, aber etwas ist besser als nichts. Die kleinbürgerlich geführte Innenkolonisationsbewegung erzeugt jedoch die proletarische Kampfkraft schwächende Illusion, als ob sie die Arbeitslosigkeit beseitigen oder wenigstens wesentlich mildern könnte, während sie im besten Fall so wie sie betrieben wird, einer nur sehr geringen Zahl von Arbeitslosen zu einer sehr kärglichen, überaus schweren Existenz verhilft. Obwohl dem so ist, wäre es falsch, sowie es bei anarcho-kommunistische Partei getan hat, dieser Bewegung die Unterstützung zu versagen. Im Gegenteil. Wir Kommunisten unterstützen jeden praktischen Schritt, der den Arbeitslosen irgendwie auch nur im Geringsten wirklich hilft, selbstverständlich unter Aufrechthaltung unserer kommunistischen Kritik, Agitation, Propaganda.

Die Auswirkung des Geburtenrückgangs im Krieg.

1928 werden die im Krieg Geborenen 14 Jahre. Da die vier Kriegsjahre eine Geburtenverringerung zur Folge hatten, so werden ab 1928 dem Arbeitsmarkt jährlich um etwa 15.000 Arbeitskräfte weniger zuströmen. Das wird vier Jahre dauern, also etwa bis 1932.

Sind außenpolitisch — vom Krieg in diesem Zusammenhang wurde schon an anderer Stelle gesprochen — irgendwelche Veränderungen zu erwarten, die der Arbeitslosigkeit entgegenwirken könnten? Z. B. Zollermäßigungen, Verkehrserleichterungen. Das ist wenig wahrscheinlich. In allen Ländern hat die kapitalistische Wirtschaft mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen wie in Österreich.

Zusammenfassung.

Wägen wir die Steigerungstendenzen und die Grundtendenzen gegeneinander ab, so ergibt sich:

Selbst die Staatsanleihe und die Gemeindeanleihe werden der Vergrößerung der Arbeitslosenzahl im besten Fall nur vorübergehend entgegenwirken (und dies zu 100, beziehungsweise zu 75 Prozent auf Kosten der Arbeiterschaft).

Verlangt von den Gewerkschaften, daß die Sammlungen in den Betrieben und Gewerkschaften für ALLE Julipfer OHNE UNTERSCHIED DER PARTEI verwendet werden!

Dagegen wirken die Steigerungstendenzen (Zentralisation, Konzentration, Rationalisierung, die damit zwangsläufig verbundene kapitalistische Politik) zwar nicht immer mit gleicher Stoffkraft, doch aber unausgesetzt und dauernd.

Daraus folgt:

Die Massenarbeitslosigkeit wird in großem Umfang anhalten.

Wahrscheinlich wird sie sogar steigen und im kommenden Winter die Höchstzahlen des Vorjahres überflügeln.

Daran etwas ändern kann nur das Proletariat und das Proletariat auch nur durch Kampf. (Fortsetzung folgt).

Ein Dokument zur Bewaffnungsfrage.

Demissionserklärung des Vorsitzenden der Ordnerorganisation, Genossen Frey am 25. Oktober 1920 in der engeren Exekutive des Wiener Kreisarbeiterrates in Anwesenheit der Exekutivmitglieder Friedrich Adler, Otto Adler, Fritz Hoffmann, Toman, Sekretär Heinz.

Seit langem ist es meine feste Überzeugung, daß die Arbeiterklasse mit einer bewaffneten Erhebung der Reaktion zu rechnen hat, daß sich daher die Arbeiterschaft militärisch organisieren, militärisch vorbereiten und so viel als nur möglich mit Waffen und Munition versehen müsse, um jeden gewaltsamen Versuch der Reaktion niederrzuschlagen mit den geringsten proletarischen Opfern. Ich halte es für im höchsten Grade wahrscheinlich, daß uns das kommende Frühjahr den gewaltsamen Überfall durch die Reaktion bringen wird.

Gerade die Zeit der Koalition, wo wir zunächst über das Heeresamt und das Staatsamt des Innern, später wenigstens, über das Staatsamt für Heerwesen verfügten, war bei Würdigung aller objektiven Hindernisse geeignet, die Bewaffnung der Arbeiter in größerem Umfang zu organisieren.

Als Vorsitzender des Ausschusses der Ordnerobmänner habe ich die maßgebenden Genossen, insbesondere Genossen Deutscher und Genossen Adler wiederholt auf die Bedeutung der Frage aufmerksam gemacht, bin immer wieder in sie gedrungen, daß sowohl was die Entwaffnung der Bourgeoisie als auch was die Bewaffnung des Proletariats betrifft, mehr getan werden müsse. Ich bin jedoch teils auf Passivität, ja manchmal sogar auf passiven Widerstand gestoßen.

Ich habe immer wieder die Überzeugung ausgesprochen, die Arbeiterschaft werde trotz allem der Reaktion Herr werden, aber unter unverhältnismäßig großen Opfern. Meine Anstrengungen sind nicht ganz ergebnislos gewesen, aber sie haben nicht das Resultat gezeigt, daß meines Erachtens das Proletariat dem kommenden, unvermeidlich kommenden, Entscheidungskampfe mit Beruhigung entgegensehen könnte.

Die Ursache jener Passivität lag und liegt nicht im bösen Willen der betreffenden Genossen, sondern ihrer ehrlichen politischen Überzeugung. Sie hatten und haben noch heute die ehrliche Überzeugung, daß sich der Zusammenstoß mit der Reaktion durch eine kluge politische Taktik vermeiden lasse, daß daher die Ordnerorganisation nicht die große Bedeutung habe, die ich ihr zumesse. Das ist die tiefste Ursache, warum es gerade in der Zeit, wo es möglich gewesen wäre mehr zu leisten, nicht gelungen ist, die Bewaffnung der Arbeiterschaft auf die Höhe zu bringen, die im Interesse der Sicherheit des Proletariats notwendig wäre.

Bei dieser Divergenz in der grundsätzlichen Auffassung ist es natürlich nicht möglich, in der Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft wirkliche Fortschritte zu erzielen. Andererseits aber trage ich als Vorsitzender der Ordnerobmänner die volle Verantwortung dafür, daß die Arbeiterschaft genügend gerüstet sei. Zeigt der Ernstfall, daß dem nicht so ist, daß das Proletariat unverhältnismäßig große Opfer zu bringen gezwungen ist, dann fällt vor der Arbeiterschaft die volle Verantwortung auf mich, den Vorsitzenden der Ordnerobmänner. Dieser Widerspruch zwischen der Last der Verantwortung vor der Arbeiterschaft und der Unmöglichkeit ohne die äußerste Unterstützung aller maßgebenden Genossen mehr in der Bewaffnung der Arbeiterschaft leisten zu können, macht meine Stellung als Vorsitzender der Ordnerobmänner unhaltbar.

Dazu kommt, daß sich die politischen Gegensätze zwischen mir und den führenden Genossen über die Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft hinaus verschärft haben in den Fragen der parlamentarischen Taktik, in der Frage Demokratie oder Diktatur, in der Frage der Internationale. Die bei der Schärfe der Gegensätze unvermeidlich scharfen Auseinanderset-

zungen über diese Grundfragen der proletarischen Politik haben das wechselseitige Vertrauensverhältnis zwischen mir und den führenden Genossen erschüttert. So macht auch die Vertrauensfrage meine Stellung als Vorsitzender der Ordnerobmänner unhaltbar.

Ich lege hiermit meine Stelle als Vorsitzender der Ordnerobmänner nieder und hoffe, daß diese meine Demission dazu beitragen wird den führenden Genossen den ganzen Ernst, der der Frage der Bewaffnung der Arbeiterschaft zukommt, beizubringen. Noch ist Zeit genug, vieles, sehr vieles, zur Bewaffnung der Arbeiterschaft durchzuführen und ich wünsche nichts sehnlicher, als daß es meinem Nachfolger gegeben sei, die Arbeiterschaft derart auf den unvermeidlichen Entscheidungskampf vorzubereiten, daß sie ihn mit den geringsten Opfern bestehen. Er wird es uns leisten können, wenn ihn die führenden Genossen mit ihrem ganzen Einfluß initiativ unterstützen.

Dieses Dokument zeigt, wie die sozialdemokratische Politik schon vor langen Jahren der Bourgeoisie die Vorbereitung zum Juli und das Julimetzel selbst ermöglicht hat.

2. März — 17. Mai — 15. Juli.

Drei Tage, die zusammenhängen!

2. März: Putsch der Bourgeoisie aufs Arsenal. Jeder sah, daß die Kapitalistenklasse unmittelbar zum Sprung an die Gurgel der Arbeiter ansetzt. Sofort hätten die Arsenalwaffen auf die klassenbewußten Arbeiter verteilt werden müssen. Zugleich war schon damals klar, daß im Ernstfall der Generalstreik für sich allein nicht genügt, wenn er nicht gesteigert wird zur Bewaffnung der Arbeiterschaft.

17. Mai: Waffenkompromiß, das heißt, die Sozialdemokratie liefert die Arsenalwaffen der Bourgeoisie aus.

15. Juli: Mit den Arsenalwaffen läßt die Kapitalistenklasse die wehrlosen Arbeiter niederknallen.

Die volle Verantwortung für den 2. März, 17. Mai, 15. Juli fällt auf die Sozialdemokratie. Die Arbeiter müssen mit der sozialdemokratischen Volkspartei brechen, müssen sich von der Führung des radikalen Kleinstürtums befreien und ihre Kampfpartei, ihre Klassenpartei aufbauen.

Wesen und Geschichte des Anarcho-Kommunismus in Österreich.

Abschließende Bemerkungen zu den Kämpfen in der Partei von Kurt Landau.
(Fortsetzung.)

So bot der 5. Parteitag (Frühjahr 1922) obgleich er nach gründlicher, ideologischer Vorbereitung die Isolierung der Rechten mit Straßer brachte, keine dauernde Klärung. Wenige Monate nach dem Parteitag begann der eigentliche Kampf in der Partei. Die Überwindung der Rechten war nicht mechanisch erfolgt. Nach einer durchgreifenden ideologischen Mobilisierung gegen die menschewistischen Auffassungen der Rechten erfolgte deren Isolierung und Erledigung auf dem 5. Parteitag. Es war klar, daß der beginnende Klärungsprozeß durch den 5. Parteitag nicht beendet sein konnte, daß dieser Prozeß fortgesetzt werden mußte, bis zur Überwindung des prinzipiellen Opportunismus der unpolitischen Mitläuferraktion Toman.

Eine revolutionäre Arbeiterpartei kann sich um des lieben Friedens willen mit der Existenz eines durch und durch opportunistischen Flügels in der Partei nicht abfinden. Der Gefechtswert, die Aktionskraft einer kommunistischen Partei hängt davon ab, ob die Partei ideologisch aus einem Guß oder ob sie eine lose Föderation von politisch verschiedenen gefärbten Gruppen ist. Der Kampf um die Überwindung des unpolitischen Mitläuferraktion Toman.

Mit der ihm eigenständlichen Witterung erkannte Toman früher noch als die politisch führenden Elemente, daß die in den Prozeß der Klärung eingetretene Partei zwangsläufig mit der unpolitischen Toman-Faktion zusammenstoßen werde. So ergriff Toman die Offensive.

In der Form der Gewerkschaftsabteilung besaß er eine Spalten-Organisation, die mit den ihr unterstellten revolutionären Blocks (den damaligen Kristallisierungspunkten der roten Gewerkschaftsbewegung in Österreich) einen selbständigen Apparat darstellte. Es war klar, und in den Beschlüssen der Weltkongresse niedergelegt, daß die Gewerkschaftsabteilung nur ein Durchführungsorgan des Parteivorstandes zu sein hat. Es war ebenso klar, daß im Prozeß der Schulung und Klärung der Gesamtpartei der Moment kommen mußte, wo der Parteivorstand Anwendung und Durchführung seiner Politik auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit fordern und die Ideologie der

Sondergewerkschaften (für die die revolut. Blocks die Kristallisierungspunkte bildeten) sowie die Taktik der absoluten und prinzipiellen Lizitationspolitik liquidiert werden müssen.

In diesem Prozeß mußte die unpolitische Gruppe Toman zwangsläufig ihre Auflösung finden. Nicht daß sie prinzipiell die Block-Ideologie vertrat. Aber mit der Beseitigung der Blocks, der Beseitigung der Autonomie der Gewerkschaftsabteilung, letzten Endes mit der Politisierung der Partei und der Liquidierung des politischen Indifferentismus mußte sie selbst liquidiert werden.

Bei dieser Erkenntnis angelangt, ergriff Toman die Offensive, die sich als Rebellion der politisch unklausten und unreifsten Elementen gegen den Prozeß der Bolschewisierung bekundete. Die am 5. Parteitag geschlagene Rechte verbündete sich mit ihm. Die Fahne, die die »Unpolitischen« aufpflanzten, war die Fahne der autonomen, von der Parteiführung unabhängigen Gewerkschaftsarbeit, die Fahne eines vulgären und banalen Syndikalismus, zu dem sie sich nicht bekannten, den sie objektiv gar nicht wollten, zu dem sie in ihrer Rebellion gegen den Bolschewismus, in dem Bestreben, ihre gewerkschaftlichen Machtpositionen zu halten, abgetrieben wurden. In ihrer zahlmäßigen Stärke spiegelte sich die ganze Größe der politischen Unreife und Urteilslosigkeit in der Partei wider.

Am 6. Parteitag (1923) errang die »Unpolitischen« (Toman) die Führung der Partei — wenige Monate später, bei den Wahlen im Oktober, erlebte sie ihren Bankrott und wurde durch die elementare Empörung der Mitglieder gestürzt.

Die Rückwirkungen der deutschen Oktoberniederelage auf Österreich.

Der Bankrott der »Unpolitischen« schien in den ersten Wochen die Bahn für eine wirkliche Klärung in der Partei frei zu machen. Da durchkreuzte die grundlegende Änderung in der deutschen Partei die Entwicklung in Österreich.

Vor die Frage der unmittelbaren Machtergreifung in Deutschland gestellt, erwies sich die Führung der deutschen Partei als unfähig die deutsche Revolution zu organisieren. Das Versagen der deutschen Rechten führte zu einer tiefen, inneren Krise in der deutschen Partei, die heute noch nicht abgeschlossen ist.

Das ideologische, politische und organisatorische Versagen der Rechten ermöglichte es den glimmenden radikalen, ultralinken Tendenzen wie Stichflammen emporzuschießen. Die linke Gruppe (Maslow, Ruth Fischer), der selbst doktrinäre Züge anhafteten, hatte ein schweres Erbe anzutreten, als sie die Führung der Partei übernahm, in der die ultralinken, KAP-Ideologie eine starke Verlockung auf die Mitgliedschaft ausübte. Die Linke begriff nicht sofort die ganze Gefahr dieser ultralinken Tendenzen und wandte sich lange Zeit ausschließlich gegen die Rechte.

Für die österreichische Partei wurde der Sieg der Linken in Deutschland zum Verhängnis. Ehe noch die Partei aus dem Bankrott der »Unpolitischen« (Toman) die politischen Konsequenzen ziehen konnte, glitt die aufgewühlte Partei in das Fahrwasser des kindlichsten Ultralinkstums.

Ein Teil jener, die den Bankrott der »Unpolitischen« erkannten, selbst aber politisch viel zu unreif waren, um aus diesem Bankrott bolschewistische Konsequenzen zu ziehen, glaubten, der Bankrott der »Unpolitischen« sei identisch, d. h. resultiere aus den selben Gründen wie die deutsche Oktoberniederelage und warf sich kopfüber der ultralinken Kinderei in die Arme. (Koplenig, Wegerer usw.)

Ein Teil der »Unpolitischen« dagegen, ebenso prinzipienlos und opportunistisch wie die Gesamtheit der Fraktion Toman, schloß sich aus reinen Konjunkturgründen dem »in Hause« befindlichen Ultralinkstum an. (Fiala).

Unter dem Schlagwort »Links-Konsolidierung« vollzog sich nun in Österreich im Jahre 1924 die Bildung einer ultralinken Gruppe. Gegen sie trat, die Führerfrage als einzige Plattform, die geschlagene Toman-Faktion auf, gegen sie kämpfte politisch die Frey-Gruppe und vereinzelte Außenseiter.

(Fortsetzung folgt.)

Genossen! Unterstützt die Sammlungen der Roten Hilfe, sie dienen den Juliopfern!

Auskünfte und Zuschriften.

Täglich in der Zeit 7—10 Uhr abends werden in Fanowitzch Gasthaus, Wien, XVI., Koppstraße 47, (Telephon 30-6-58) Auskünfte erteilt. Zuschriften, die Partei betreffend, sind ebenfalls an die obige Adresse zu senden.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition), Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236. Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24. Druck: Buch- u. Kunstdruckerei »Donau«, Wien, III., Custozastrasse 8.